



Käufer zahlen Lieberhaberpreise für Wälder

27 000 Hektar Privatwald in MV wechselten Besitzer / Wertzuwachs durch Klimaprämie

Torsten Roth

Die Preise klettern unaufhaltsam: Tausende Hektar Wald in MV wechseln zu immer höheren Preisen den Besitzer. Inzwischen würden für große zusammenhängende Flächen Hektarpreise von 12 000 Euro gezahlt, ermittelte der Immobilienberater Colliers – nach eigenen Angaben einer der führenden Unternehmen im Land- und Forstbereich. Nach der Wende waren es weniger als 1000 Euro. „Der Boom ist nicht vorbei“, erklärte Eckbrecht von Grone, Land- und Forstchef bei Colliers bei der Vorlage des ersten Forstmarktberichtes Deutschlands. In den letzten Jahren sei der Wert des Waldes enorm gestiegen. Allerdings hätten viele der etwa 40 000 Waldbesitzer in MV häufig nur kleinere Flächen. Dafür würden deutlich geringere Preise von 6000 bis 7000 Euro gezahlt. „Ein bundesweiter Trend“, sagte Colliers Forstexperte Niels von

Schmidt. Dem Forstmarktbericht zufolge werden im Schnitt je Hektar Forstfläche 5561 Euro verlangt – knapp 1900 Euro mehr als 2014, aber mehr als 300 Euro weniger als noch 2009. Dabei sei häufig nur der Bodenwert, nicht aber der volle Waldwert zugrundegelegt worden.

Die Unterschiede sind deutlich: Nach wie vor gebe es ein deutliches West-/Ost-Gefälle, analysierten die Marktbeobachter. Im Westen, gerade im süddeutschen Raum, würden inzwischen vermehrt Liebhhaberpreise gezahlt. In Bayern kostet der Hektar im Schnitt bereits 28 941 Euro, im waldarmen Nachbarland Schleswig-Holstein immer noch 15 897 Euro. „Das Spektrum reicht jedoch von 5000 Euro pro Hektar für eine Kleinfläche in Thüringen, über 13 000 Euro pro Hektar für einen vorratsstarken Kiefernwald in Brandenburg, bis zu 60 000 Euro pro Hektar für ein kleines Waldstück in Oberbayern“, erklärte von Grone: „Diese Preisunterschiede sind nicht immer ökonomisch begründbar.“ Dem Be-

richt zufolge hat das Interesse an Waldinvestments wegen der guten Renditeaussichten bei stetig steigender Holznachfrage weiter zugenommen.

Die Waldgeschäfte spülen in MV Millionen in die Kassen der Verkäufer: Investitionen in Wälder würden eine Rendite von etwa 1,5 Prozent abwerfen, meinte von Grone: „Waldkäufe bleiben attraktiv.“ Im Schnitt standen vier Hektar bei den insgesamt 7000 Waldgeschäften der letzten Jahre in MV zum Verkauf – mehr als das Doppelte des Bundesschnitts. Für 123 Millionen Euro haben in den vergangenen zehn Jahren mehr als 27 000 Hektar im Nordosten den Besitzer gewechselt – ein Bruchteil des Geschäfts von Bayern. Im Alpenland ließen sich Käufer 59 000 Hektar knapp 1,4 Milliarden Euro kosten. In Mecklenburg-Vorpommern war erst vor wenigen Jahren das größte Forstimmobilienge-

schäft nach dem Krieg abgeschlossen worden: Die bundeseigene Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG) hatte in MV die Privatisierung von 108 000 Hektar ehemals volkseigenen Waldes weitgehend beendet. Mehr als 110 Millionen Euro flossen durch den Verkauf des Staatswaldes in MV in die Bundeskasse.

Die Einnahmen aus den privaten Waldgeschäften könnten künftig noch mehr werden: Die derzeit geforderte Anerkennung der Ökosystemleistungen der Wälder dürfte die Preise weiter steigen lassen. Umweltminister Till Backhaus (SPD) hatte zusammen mit anderen Amtskollegen aus den Ländern vom Bund die Einführung einer Waldklimaprämie gefordert, um die Leistungen der Wälder für Klima- und

Artenschutz zu honorieren. Die Leistungen seien von den Waldbewirtschaftern allein über die Holzpreise nicht zu tragen, hatte er kürzlich erklärt: „Es gibt keine kostendeckenden Erzeugerpreise.“ Die Anerkennung der Klimaleistungen würde die Einnahmen und Erträge für die Waldbesitzer erhöhen, erklärte von Schmidt. Das dürfte auch den Wert des Waldes und die Kaufpreise steigen lassen.

Einer Studie zufolge sind die Ökosystemleistungen der Wälder auf 450 Euro je Hektar gestiegen. Private, kommunale aber auch Landeswaldbesitzer müssten dafür künftig einen Ausgleich er-

halten, z. B. für größere Altholzbestände oder Maßnahmen für den Trinkwasserschutz – eine Milliarde Euro jährlich, hatten Backhaus und seine Amtskollegen gefordert. Die Kosten sollten aus dem Energie- und Klimafonds mit derzeit 42 Milliarden Euro finanziert werden.

Dem Vorschlag folgt der Bund inzwischen. Bundesagrarministerin Julia Klöckner (CDU) hatte erst vergangene Woche auf dem Waldgipfel weitere Förderprogramme angekündigt – unter anderem für klimafeste Wälder, aber auch für den Ausbau der CO₂-Speicherleistung der Wälder.



Foto: Colourbox

KURZ & BÜNDIG

Modellprojekt zur Ausbildung junger Vietnamesen

Im Rahmen eines neuen Modellprojekts des Wirtschaftsministeriums ist eine erste Gruppe junger Vietnamesen in MV angekommen. Wie Wirtschaftsstaatssekretär Stefan Rudolph gestern sagte, starten die zehn jungen Leute nach erfolgreich absolvierten Sprachkursen ihre Ausbildung. Hintergrund des Modellprojekts „Fachkräfteausbildung Vietnam in MV“ ist der Fachkräftemangel in verschiedenen Branchen, insbesondere in den Gesundheitsberufen. *dpa*

365-Euro-MV-Ticket nicht für Studenten finanzierbar

Verkehrsminister Christian Pegel (SPD) hat die Forderung der oppositionellen Linken nach einem 365-Euro-Studententicket

für ganz MV als nicht finanzierbar zurückgewiesen. Es sei von Kosten in Höhe von 7 bis 10 Millionen auszugehen, sagte Pegel gestern Abend im Landtag. Ein 365-Euro-Nahverkehrsticket für ein Jahr gibt es seit 1. Februar bereits für Auszubildende. Die Nachfrage ist jedoch verhalten – womöglich auch coronabedingt. Von den rund 34 000 Berechtigten haben den Angaben zufolge erst 2500 das Ticket erworben. Mignon Schwenke von der Linken führte das auch ein mangelhaftes Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zurück: „Wo nichts fährt, kann auch nichts genutzt werden.“ *dpa*

Nord Stream 2 bereitet Gasbefüllung vor

Die Nord Stream 2 AG bereitet den fertiggestellten ersten Strang der umstrittenen Ostseepipeline von heute an für die Gasbefüllung

vor. Es seien dafür mehrmonatige vorbereitende Arbeiten notwendig, teilte das Unternehmen im schweizerischen Zug gestern mit. Bis tatsächlich Gas durch den ersten von zwei Strängen von Russland nach Lubmin fließt, sollen noch mehrere Monate Arbeit nötig sein. Auch an Land seien Schweißarbeiten nötig, sagte ein Sprecher von Nord Stream 2. Die Arbeiten am zweiten Strang dauerten an, hieß es. Präsident Putin hatte gesagt, dass sie in zwei Monaten abgeschlossen sein könnten. *dpa*

Beschäftigte in Seehäfen erhalten mehr Geld

Die etwa 11 000 Beschäftigten in den deutschen Seehäfen bekommen drei Prozent mehr Lohn. Darauf haben sich die Gewerkschaft Verdi und der Zentralverband der Deutschen Seehafenbetriebe (ZDS) geeinigt.

Zudem wird das Urlaubsgeld um 60 Euro erhöht, wie Verdi gestern mitteilte. Das Tarifergebnis entspreche im Gesamtvolumen einer Grundlohnerhöhung von bis zu 3,3 Prozent. Der Lohn-tarifvertrag beginnt rückwirkend zum 1. Juni und hat eine Laufzeit von zwölf Monaten. *dpa*

Lockerung der Testpflicht in Restaurants gefordert

Die Testpflicht in Hotels und Gaststätten muss nach Ansicht der FDP im Nordosten gelockert und perspektivisch aufgehoben werden. Hintergrund sei die niedrige Sieben-Tage-Inzidenz. „Dieser Entwicklung muss jetzt auch in den Lockerungsschritten Rechnung getragen werden“, sagte der FDP-Landesvorsitzende René Domke gestern. Die FDP schloss sich damit der Meinung des Dehoga-Präsidenten von MV, Lars Schwarz, an. *dpa*

Für Lohnangleichung

Linke fordert stärkere Tarifbindung

SCHWERIN Die Linke im Schweriner Landtag hat ihre Forderung nach einem höheren Mindestlohn von 13 Euro je Stunde und mehr Tarifbindung in den Unternehmen bekräftigt. „Die fehlende Angleichung der Löhne zwischen Ost und West ist immer noch etwas, was viele Menschen bewegt. Und das ist auch nur allzu verständlich“, sagte der Linken-Abgeordnete Henning Foerster gestern im Landtag in Schwerin. Er verwies auf statistische Erhebungen, nach denen die Bruttolöhne im Osten etwa ein Viertel unter denen im Westen liegen. Zudem liege die Wochenarbeitszeit im Osten noch um 1,5 Stunden höher.

Nur 44 Prozent der Beschäf-

tigten in MV würden Zahlen von 2019 zufolge nach Tarif entlohnt. Foerster forderte die Landesregierung auf, die Vergabe öffentlicher Aufträge und von Fördermitteln an die Tarifbindung der Firmen zu binden und damit Tarifabschlüsse zu initiieren. Die Regierungspartei SPD befürwortete solche Pläne. Doch machte ihr Abgeordneter Jochen Schulte deutlich, dass eine entsprechende Gesetzesänderung am Koalitionspartner CDU scheitern sei und in der nächsten Wahlperiode angestrebt werde.

Der CDU-Abgeordnete Bernhard Wildt verwies auf die Tarifautonomie der Sozialpartner und den begrenzten Einfluss der Politik. *dpa*